



Kulturausschuss

12. Sitzung (öffentlich)

15. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)
Protokollerstellung: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300, 14/2850 (Ergänzung)

Vorlage 14/594 (Erläuterungsband)
Vorlage 14/682 (Berichterstattergespräch)

Abschließende Beratung und Abstimmung, auch zu Änderungsanträgen der Haushaltsansätze im Einzelplan 02 (Ministerpräsident), Zuständigkeitsbereich des Kulturausschusses

Der Ausschuss lehnt die beiden Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (siehe Vorlage 14/804) mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt im Anschluss in der Gesamtabstimmung die Kapitel 02 060 - Landesarchiv, Archivwesen - und 02 062 - Kulturförderung - im Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD unverändert an.

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300, 14/2850 (Ergänzung)

Vorlage 14/594 (Erläuterungsband)
Vorlage 14/682 (Berichterstattergespräch)

Abschließende Beratung und Abstimmung, auch zu Änderungsanträgen der Haushaltsansätze im Einzelplan 02 (Ministerpräsident), Zuständigkeitsbereich des Kulturausschusses

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) informiert, die **Ergänzungsvorlage der Landesregierung** enthalte für die Kultur zwei Änderungen:

Erstens habe man eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von jährlich 1,8 Millionen € für neun Jahre ab dem Jahr 2008 zur institutionellen Förderung der Betriebskosten der Kohlenwäsche/des Ruhrmuseums. Hierzu habe man ja einen Teil der Verhandlungen mit dem RVR bereits abgeschlossen. Über das Ruhrmuseum fänden jetzt noch abschließende Gespräche statt. Diese Verpflichtungsermächtigung solle Anfang des Jahres auch in die Lage versetzen, entsprechende Verpflichtungen einzugehen.

Die zweite Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,85 Millionen € betreffe den Bereich Musikpflege und Musikerziehung. Hier gehe es darum, im Bereich des Musikschulwesens Projekte in Gang zu setzen, zum Beispiel das Projekt der Bochumer Musikschule. Dieser modellhafte Versuch finde zunächst in Bochum statt und dann in weiteren Städten des Ruhrgebiets.

(Der Ausschuss tritt in die Beratung der Änderungsanträge ein. Die Änderungsanträge sind Vorlage 14/804 zu entnehmen.)

Oliver Keymis (GRÜNE) stellt die Änderungsanträge seiner Fraktion vor und verweist als Beispiel auf das Frauenmuseum in Bonn.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) sieht im Prinzip gar kein Problem darin, diese geringe Erhöhung vorzunehmen, die Förderung des Frauenmuseums in Bonn mache als Begründung aber keinen Sinn. Denn diese Förderung sei gesichert. Ansonsten genüge der Betrag von 35.000 € nicht, wenn dies wirklich die alleinige Frauenförderung wäre. Die Frauenförderung werde in der Kulturpolitik als Querschnittsaufgabe betrachtet. Insofern wäre ein weiterer Ausbau eines eigenen Ansatzes eher kontraproduktiv für die eigentliche Interessenlage.

Der **Ausschuss** lehnt die beiden Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Grünen ab.

Claudia Nell-Paul (SPD) hat eine Nachfrage zum Zuschuss an die Ruhr 2010 GmbH. Sie habe gelesen, dass es 1 Million € im Haushaltsansatz gebe und eine Verpflichtungsermächtigung über 11 Millionen €. Das sei eine Summe von 12 Millionen € als Zuschuss an die GmbH. In der Begründung heiße es, es sei geplant, den Zuschuss als institutionelle Förderung zu gewähren. Aufgrund der aktuellen Debatte laute ihre Frage, ob davon auszugehen sei, dass diese Planung so bestehen bleibe und es sich um einen institutionellen Zuschuss handle, der nicht an die Durchführung bestimmter vom Land vorgegebener Projekte gebunden sei.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) bejaht dies. Es ergebe sich keinerlei Änderung. Dazu bestehe auch kein Anlass. Die vier Gesellschafter seien sich völlig einig.

Der **Ausschuss** nimmt die Kapitel 02 060 – Landesarchiv, Archivwesen – und 02 062 – Kulturförderung – im Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD unverändert an.

gez. Dr. Fritz Behrens
Vorsitzender

beh/30.11.2006/06.12.2006

155